

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2003
– Drucksachen 15/150 Anlage, 15/402, 15/559, 15/572, 15/573 (neu), 15/574 –**

hier: Einzelplan 09

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 09 02 – Allgemeine Bewilligungen – Titelgruppe 12 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – wird der Titel 882 88 – Zuweisungen an Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Berlin gemäß Gebietsstand am 3. Oktober 1990 für betr. Investitionen und wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen – von 809 200 T Euro um 59 300 T Euro auf 868 500 T Euro und die Verpflichtungsermächtigung von 700 000 T Euro um 51 000 T Euro auf 751 000 T Euro erhöht.

Berlin, den 17. März 2003

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion

Begründung

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ hat sich seit der Wiedervereinigung zu einer tragenden Säule für den wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern entwickelt. So konnte mit Hilfe der Gemeinschaftsaufgabe von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau mit zum Teil hohen Wachstumsraten eine verbesserte industrielle Basis in den neuen Bundesländern geschaffen werden. Bis zum heutigen Zeitpunkt konnte jedoch eine Annäherung an die Wirtschaftskraft der alten Länder noch nicht im notwendigen Ausmaß erreicht werden. Die neuen Bundesländer sind stattdessen vom Ziel einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung noch weit entfernt.

Bund und Länder waren sich bisher einig, dass die Gemeinschaftsaufgabe wegen ihres unverzichtbaren Beitrages bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Stärkung und Anpassung der strukturschwachen Regionen und der Beseitigung des Ost-West-Gefälles auf hohem Niveau fortgeführt werden muss. Um die regionalpolitischen Handlungsspielräume nicht weiter einzuschränken, muss einer weiteren Abwärtsentwicklung der Mittelausstattung der Gemeinschafts-

aufgabe unbedingt Einhalt geboten werden. Gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten wäre es kontraproduktiv, das Förderinstrumentarium zu kürzen, das den Nachholbedarf stützen soll. Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe Ost sind deshalb auf das Niveau des Vorjahres aufzustocken.